

Lebensstile und natürliche Ressourcen: Bundesrepublik Deutschland und Dritte Welt

ERHARD EPPLER

Um den Zusammenhang von weltweiter Ökologiekrisis und dem Entwicklungsproblem ging es im November auf einer von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen ausgerichteten Tagung in Bonn; entwicklungspolitische und umweltorientierte Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organizations, NGOs) trafen hier mit Vertretern der Vereinten Nationen zusammen. Die Veranstaltung wurde am 6. November mit einem Vortrag von DGVN-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler eröffnet; er gibt Anstöße, deren Bedeutung über den unmittelbaren Anlaß weit hinaus reicht:

I

Damit niemand glaubt, bei dieser Tagung gehe es um weit hergeholte Theorien, will ich mit einer Feststellung beginnen: In den Jahren 1980 und 1981 haben die Bürger dieser Republik 20 vH ihres Ölverbrauchs eingespart. Wo vorher, 1979, in Industrie und Verkehr, vor allem aber in Haushalten, fünf Liter Öl verbrannt wurden, sind es jetzt nur noch vier. Für diejenigen, die immer gern Öl durch Kernenergie substituieren wollten, füge ich hinzu: Wir haben in 24 Monaten dreimal so viel Energie in Form von Öl eingespart, wie die Kernkraftwerke, die in den letzten 24 Jahren gebaut wurden, an Energie liefern. Die Regierungen der OPEC-Länder haben begriffen, daß bei solchen Einsparquoten in der Bundesrepublik (und teilweise auch anderwärts) neue Preissteigerungen nicht durchzusetzen sind und wollen die Ölpreise bis Ende 1982 stabil halten, was natürlich beim Wertverfall des Dollars eine beträchtliche reale Senkung der Preise bedeutet.

Wäre das, was nach der zweiten großen Preiserhöhung 1979 bei uns stattfand, schon nach dem ersten Ölpreisschock von 1973 durch eine große politische Anstrengung erreicht worden, hätten wir also schon zwischen 1974 und 1979 jeden fünften Liter Öl eingespart und damit den Preisschub von 1979 verhindert, dann hätten wir damit den Ländern der Dritten Welt mehr geholfen, als ihnen durch alle Entwicklungshilfe aller Länder des Nordens zusammengekommen geholfen wird. Denn die Erhöhung der Ölrechnung seit 1979 belastet diese Länder weit mehr, als die Entwicklungshilfe sie entlastet.

Daß eine solche nationale Anstrengung zur Einsparung von Energie auch unser eigenes Leistungsbilanzdefizit verhindert hätte, erwähne ich am Rande. Umgekehrt: Daß uns 1974 nichts Gescheiteres einfiel, als durch energie-intensives Wirtschaftswachstum vor allem in der Automobil- und Chemie-Branche eine angebliche Rezession solange zu bekämpfen, bis neue Nachfrage nach Öl die Ölpreise noch einmal explodieren ließ, hat uns selbst in Zahlungsbilanzschwierigkeiten gebracht, viele der armen Länder aber an den Rand — oder gar über den Rand — des wirtschaftlichen Kollapses. So unmittelbar wirkt sich unser Umgang mit den Ressourcen dieser Welt auf uns und andere aus.

II

Dabei ist etwas zutage getreten, was viele mit Beginn der siebziger Jahre erkannten, aber erst heute schlüssig nachweisen können: daß die Länder des Südens, die uns am erfolgreichsten nachzuahmen verstanden, sich am raschesten und am hoffnungslosesten in Sackgassen manövriert haben.

Der Musterknabe Brasiliens, das klassische Schwellenland mit den enormen Wachstumsraten, der wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm und unsentimentalen Militärdiktatoren, die soziale Konflikte niederzuhalten wußten, dieses Eldorado multinationaler Konzerne, lebt heute nur noch von der Langmut des westlichen Bankensystems. Mehr Menschen hungern heute in Brasilien als vor zehn Jahren, zumal erst die Autos mit Benzin und Methanol gefüttert werden müssen, ehe die Menschen drankommen.

Damit wären wir schon bei der zweiten Feststellung: Wer die Dritte Welt dazu anhält, unseren Lebensstil und damit unseren Umgang mit Ressourcen nachzuahmen, betreibt das Gegenteil dessen, was zu Zeiten Hamanns, Herders und Goethes mit dem Wort Entwicklung gemeint war: nämlich die Entfaltung aus eigener Anlage und eigener Kraft.

Aber machen wir uns nichts vor: Nach wie vor ist es genau dieser Weg in die Sackgasse, auf den wir die Völker des Südens treiben. Ich weiß sehr wohl, was kluge und engagierte Beamte im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit versuchen, um neue Wege wirklicher Entwicklung aus eigenen Ressourcen heraus zu erschließen. Aber was wirklich geschieht, wird nicht von ein paar wohldurchdachten Projekten staatlicher Entwicklungspolitik bestimmt, sondern durch die Einbeziehung der Dritten Welt in die Produktions- und Konsum-Muster des Westens. Das war schon so, ehe Mr. Reagan mit atemberaubender Offenheit seine Aufgaben gegenüber der Dritten Welt an die Multis mehr abschob als abtrat, aber seither gibt es da keinen Zweifel mehr.

III

Und machen wir uns auch da nichts vor: Wenn Mr. Reagan nie auch nur einen Hauch jener entwicklungspolitischen Diskussion verspürt hat, an der ich vor einem guten Jahrzehnt zusammen mit Robert MacNamara, Jan Pronk, Judith Hart, Ernst Méchanek, Lester Pearson oder Perez Guerrero teilzunehmen das Glück hatte, wenn in Washington alles weniger mit einer Handbewegung als mit einem mechanischen Besen vom Tisch gewischt wird, was jetzt die Brandt-Kommission und vor zehn Jahren die Pearson-Kommission erarbeitet hat, dann liegt dies auch im Interesse des größeren Teils der deutschen Industrie.

Wenn Mexico-City — oder genauer: die Zusammenballung von Millionen um Mexico-City — im Dunst der Autos erstickt, dann ergeben sich für unsere Industrie daraus mehr Chancen des Waren- und Kapitalexports, als wenn die Bemühungen um eine vom Ölpreis unabhängige, ökologisch orientierte Landwirtschaft Erfolg hätten. Im Gegenteil: Solange die multinationale Großchemie immer mehr Samenzüchtereien aufkauft, damit nur noch

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Erhard Eppler, MdL, geb. 1926, war von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Autor von ›Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen‹ (1975), ›Wege aus der Gefahr‹ (1981).

Dr. Volker Matthies, geb. 1945, ist seit 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Übersee-Institut in Hamburg. Historische, politikwissenschaftliche und pädagogische Studien in Hamburg.

Dr. Franz Nuscheler, geb. 1938, ist Professor für Internationale und Vergleichende Politik an der Universität/Gesamthochschule Duisburg. Veröffentlichungen u. a. über politische Entwicklungsprobleme Afrikas und Lateinamerikas.

Karl P. Sauvant, Ph.D., geb. 1944, ist im Zentrum der Vereinten Nationen für transnationale Gesellschaften tätig; Veröffentlichungen insbesondere über das Handeln der Dritten Welt in internationalen Gremien.

Dr. Michael Schaefer, geb. 1949, gehört seit April dieses Jahres der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York an. Juristische Studien in München, Genf und Heidelberg.

solches Saatgut angeboten werden kann, das ohne massive chemische Behandlung gar nichts erbringt, solange werden die Völker des Südens immer weiter in jene Sackgasse gestoßen, an deren Ende die Verschmelzung ökonomischer und ökologischer Katastrophen steht.

Wenn ich den Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes schwärmen höre von den schlüsselfertig gelieferten, technisch perfekten Reparaturwerkstätten für körperliche Defekte, die als Krankenhäuser — das Stück für eine Milliarde DM — an Ölstaaten geliefert werden, was ist dagegen all das, was im BMZ an vernünftigen Gedanken oder auch Projekten erarbeitet werden kann.

Natürlich ist ein Kern Wahrheit in der heute wieder hochmodernen Feststellung, Entwicklungspolitik schaffe auch bei uns Arbeitsplätze. Aber abgesehen davon, daß Jürgen von Manger dies seinerzeit viel deftiger und publikumswirksamer vorzutragen wußte: Da wird eben auch einiges verschleiert — daß eben gerade das, was bei uns Arbeitsplätze schafft, etwa bei der KWU, in manchen Bereichen der Landmaschinenindustrie, der Automobilindustrie oder des Maschinenbaues gerade jene kapital- und energieintensive Form der ›Entwicklung‹ vorantreibt, an die wir aus guten Gründen nicht mehr glauben können.

IV

Die entwicklungspolitische Diskussion in der Bundesrepublik ist ein Spiegelbild der Unter- und Fehlentwicklung in der Dritten Welt. Diese Diskussion ist, soweit sie offiziell in den Massenmedien überhaupt vorkommt, von den Realitäten der Dritten Welt und ihren Erfordernissen weiter entfernt, als sie es jemals war. Und sie hinkte zu allen Zeiten hinter dem drein, was nötig gewesen wäre.

Was der Stammtisch gerne hört, daß nämlich Entwicklungspolitik zu Hause beginnen müsse, ist auf eine ganz andere Weise richtig, als der Stammtisch glaubt: Solange wir unsere Formen des Produzierens und Konsumierens nicht bei uns zu Hause in Frage stellen, entmutigen wir alle, die in der Dritten Welt eigenständige Wege zur Entwicklung suchen.

Es ist nun einmal so, daß nicht nur die korrumpierten Eliten des Südens argwöhnisch darauf bedacht sind, daß wir ihnen keine zweitklassige Technologie aufdrängen, wobei sie das Neueste bei uns für erstklassig zu halten von uns gelernt haben.

Nur wenn wir versuchen, Sonnenenergie zu nutzen, werden die

Völker des Südens den Vorteil begreifen, den sie uns gegenüber auf diesem Gebiet durch Natur und Geographie bekommen haben.

Nur wenn wir die friedliche Nutzung der Kernenergie bei uns in Frage stellen, bleiben manchen Entwicklungsländern die Pleiten erspart, die der Iran hinter sich hat und einige andere Länder, wie Brasilien, möglicherweise noch vor sich.

Nur wenn wir anfangen, die Holzbestände des Nordens wie unseren Augapfel zu hüten, können wir helfen, der Zerstörung der Wälder des Südens Einhalt zu gebieten.

Nur wenn wir eine Form der Agrarpolitik bekämpfen, deren ökonomischer Widersinn nur noch durch den ökologischen Schaden übertroffen wird, können wir verhindern, daß der öl- und deivensfressende Traktor in Südasien oder Lateinamerika immer mehr Menschen in die Slums der Großstädte vertreibt.

Nur wenn wir Alternativen zu einer chemotechnisch perfekten Reparaturmedizin finden, können wir die Dritte Welt vor einer Medizin bewahren, die sie niemals bezahlen kann.

Nur wenn wir die öffentlichen Verkehrsmittel gegenüber dem Auto voll konkurrenzfähig machen, können wir dem Süden ein unbezahlbares Verkehrschaos ersparen helfen.

Solange wir unsere Sicherheit in immer komplizierteren, teuren Waffen suchen, haben wir kein Recht, die Militarisierung der Dritten Welt zu beklagen und keine Autorität, sie zu verhindern.

V

Die Reformen der siebziger Jahre kosteten vor allem Geld. Und dies gilt auch für die Entwicklungshilfe der siebziger Jahre, Deshalb war für mich das Geld für den Einzelplan 23 des Bundeshaushalts einen Rücktritt wert.

Aber so wie die Reformen der achtziger Jahre, die Reform der Agrarpolitik, der Energieversorgung, der Verkehrspolitik, des Gesundheitswesens, des Sicherheitssystems und damit der Bundeswehr, so wie alle diese Reformen eher Mut und Konfliktbereitschaft erfordern — sie können sogar öffentliche Mittel einsparen! —, so verlangt auch die Entwicklungspolitik der achtziger Jahre mehr Mut als Geld.

Die Gefahren, die uns bedrohen, und die Gefahren, an denen die Dritte Welt zugrunde zu gehen droht, sind im Kern dieselben: das Scheitern eines technokratischen Denkansatzes im Dienste ökonomischer Interessen. Die Lücke zwischen Erster und Dritter Welt — so als ob es da nur eine Lücke zu füllen gäbe zwischen



Das Abholzen der Wälder führt zu einer großen Belastung der Umwelt. Wenn der derzeitige Trend sich fortsetzt, werden die Waldbestände in Lateinamerika, Afrika und Asien von 1099 Mill ha (1978) auf 660 Mill ha im Jahr 2000 schrumpfen. Wie sehr der Zusammenhang von Umweltkrise und Entwicklungsproblem uns alle angeht, wird aus dem Beitrag von Erhard Eppler deutlich.

denen, die es schon herrlich weit gebracht haben, und denen, die ihnen nachstreben —, diese Lücke zwischen Erster und Dritter Welt ist ebenso eine Fehlgeburt technokratischen Denkens wie die Energielücke (die sich inzwischen in Luft aufgelöst hat) und die Raketenlücke, die, wenn wir noch lange daran glauben, die NATO in Gefahr bringen kann.

Denn alle Lückentheorien setzen ja voraus, daß ein unabänderliches Ganzes, entstehend aus der simplen und einlinigen Fortschreibung des Bestehenden, existiere, dessen Lücken wir nur zu füllen brauchten.

So aber vollzieht sich Geschichte nicht. Die technokratische Utopie ist die banalste aller Utopien. Wir dürfen uns Geschichte so nicht mehr vorstellen, weil die Fortschreibung des Bestehenden von einer Katastrophe zur anderen führt.

Lassen Sie uns die schöpferische Phantasie rehabilitieren. Wir brauchen sie für unseren eigenen Lebensstil, für den eigenen Umgang mit unseren Ressourcen und den Ressourcen, die wir ändern abnehmen, wir brauchen sie, wenn wir diesen Globus in Nord und Süd, West und Ost — sei es mit, sei es ohne Krieg — nicht ruinieren wollen.

Es gibt keine Lücke zwischen Nord und Süd.

Es gibt nur Lücken in unseren Köpfen.

Und weil in unseren Köpfen eine Lücke ist, wo die kreative Phantasie für ein humanes Überleben ihren Ort haben sollte, erfinden wir jene technokratischen Lückentheorien, die nur zu Fehlentscheidungen führen können. Aber eben weil dies so ist, weil die Lücke in unseren Köpfen klappt, gibt es auch Hoffnung. Für die Dritte Welt und für uns.

Von der Unmoral zur Respektabilität

Zwei Jahrzehnte Bewegung der Blockfreien (1961—1981)

VOLKER MATTHIES

I. Blockfreie und Weltorganisation

Eine Bewegung, die mit 96 Staaten¹ fast zwei Drittel der UN-Mitgliedschaft umfaßt, die gleichwohl »bis zum heutigen Tage ... weder ein Sekretariat noch einen einzigen Vollzeit-Beschäftigten« hat², feierte in diesem Jahr ihr zwanzigjähriges Bestehen. Als Punkt 131 ihrer Tagesordnung hatte die 36.UN-Generalversammlung eine »Gedenkfeier anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der ersten Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Staaten« vorgesehen; am 12.Oktober würdigten im Plenum Generalsekretär und Präsident wie auch Sprecher der Regionalgruppen die Rolle dieser Bewegung. Bemerkenswert knapp fiel dabei die Würdigung seitens der westlichen Staaten aus, doch war auch in ihr von einem »zweifellos wichtigen Element in den internationalen Beziehungen« die Rede³. UN-Generalsekretär Kurt Waldheim hob die Übereinstimmung der Ziele

Nur ein Dreivierteljahr liegt der 20.Jahrestag von zwei weltpolitischen Ereignissen auseinander, die auch inhaltliche Affinität besitzen: am 14.Dezember 1960 wurde die »Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker« von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit 89 Ja-Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen; vom 1.—6.September 1961 trat in Belgrad die erste Gipfelkonferenz der Blockfreien zusammen. Freilich trug 1960 die »Erklärung« nur einem historisch längst in Gang gekommenen Prozeß Rechnung, und auch die Konferenz von Belgrad hatte ihren Vorläufer in Gestalt der von 29 Staaten beschickten asiatisch-afrikanischen Konferenz von Bandung (18.—24.April 1955). Beide Ereignisse sind aber Ausdruck einer tiefgreifenden Wandlung des internationalen Systems, die noch längst nicht abgeschlossen ist. Im folgenden geht es zunächst um Staatengruppierungen, die Erscheinungsformen und Agenturen dieses Wandels zugleich sind: Volker Matthies beschäftigt sich mit der politischen, Karl Sauvant mit der wirtschaftlichen Interessenvertretung der einstigen »Kolonialländer« auf der internationalen Ebene. Daß die UNO auf die sich vollziehende Entkolonisierung mehr reagierte als daß sie sie vorantrieb, belegt Franz Nuscheler, welche Anpassungen an veränderte Realitäten die 1945 gegründete Organisation der Vereinten Nationen noch vollziehen muß, wird hinsichtlich des wichtigsten UN-Organs aus dem Beitrag von Michael Schaefer deutlich.

von Blockfreien und Vereinten Nationen hervor; als Ausdruck der engen Verbindungen nannte er auch seine persönliche Teilnahme an den drei letzten Gipfelkonferenzen der Bewegung in Algier (1973), Colombo (1976) und Havanna (1979) wie auch an der Gedenksitzung in Neu-Delhi im Februar dieses Jahres⁴. Bei dem letztgenannten Ereignis hatten die Blockfreien im Rahmen ihrer vom 9. bis 13.Februar abgehaltenen Außenminister-Konferenz den 1.September zum alljährlichen »Tag der Blockfreiheit« erklärt und den »Appell von Neu-Delhi«⁵ erlassen. In einer Situation, die nach Auffassung von Gastgeberin Indira Gandhi einige Ähnlichkeit mit der von 1961 aufwies, jene freilich noch an Gefährlichkeit übertreffe, angesichts einer drohenden atomaren Katastrophe und in einer Zeit der Wiederbelebung von Ost-West-Konflikt und Blockpolitik, riefen die Blockfreien alle Staaten und Völker dazu auf, »sich ernsthaft für die Vermeidung des Krieges und für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt einzusetzen«. Zugleich bekräftigten sie ihren Willen zu verstärkter Solidarität und Zusammenarbeit untereinander, »damit sich die Bewegung auch weiterhin als unabhängige moralische und politische Kraft sowie als positiver und globaler Faktor des Friedens und der Unabhängigkeit in der Welt erweist«.

Als eine der »großen Kräfte, die die politische Entwicklung der Welt in unserer Zeit bestimmen«, sieht Kurt Waldheim die Blockfreien-Bewegung an⁶; zwischen ihr und der Organisation der Vereinten Nationen bestanden und bestehen enge Bezüge und vielfältige Wechselwirkungen⁷. Für die Blockfreien war und ist die Weltorganisation das bedeutendste Forum zur Vertretung ihrer Anliegen, der wichtigste Rahmen für die Aggregation und Artikulation ihrer Interessen und das wichtigste Instrument zur Erlangung und Ausübung von politischem Einfluß. Die UN-Mitgliedschaft sicherte den Status der Unabhängigkeit blockfreier Länder ab, ermöglichte ihnen eine aktive Teilnahme im internationalen System und beförderte die Demokratisierung internationaler Beziehungen auf der Grundlage der formalen Gleichheit aller souveränen Staaten. Die tendenzielle Universalität der Vereinten Nationen durchbrach die Exklusivität der Politik der »großen Mächte« und erleichterte zugleich zahlreichen kleineren Staaten den Verzicht auf die Errichtung vieler teurer diplomatischer Vertretungen in anderen Ländern. Im Rahmen der UNO, der ihnen zur Einübung von Kommunikation, Koordination und Solidarität diente, entwickelten sich die Blockfreien zu einer »caucus group«, die seit 1965 — so bei Wahlen zu Gremien und Ämtern — immer erfolgreicher agierte. Zahlreiche Prinzipien und Ziele der Blockfreien leiten sich zudem von der Charta der Vereinten Nationen her, vor allem das Postulat der (aktiven)